

HAUSAUFGABENHEFT
für die
Fraktionen des Landtags
von Baden-Württemberg

JUGEND
LANDTAG
BW 2023

**Antworten der AfD-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg**

Workshop 1

KLIMA UND NACHHALTIGKEIT

1.) Wir fordern, dass

landeseigene Betriebe deutlich umweltfreundlicher gestaltet werden, zum Beispiel durch:

das Nachschärfen der Nachhaltigkeitsbestimmungen in der Beschaffung;

die signifikante Erhöhung auf mindestens 50 Prozent des Anteils pflanzenbasierter/vegetarischer Gerichte in Kantinen;

eine verpflichtende Gemeinwohl-Ökonomie-Zertifizierung.

Es ist uns wichtig, weil

die angegebenen Vorschläge umweltfreundliche Verhaltensweisen stärken, zu einem effektiveren Klimaschutzbeitragen können, aber gleichzeitig keine großen Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen.

ANTWORT:

„Wir lehnen grundsätzlich einen klimaideologiegetriebenen und übergriffigen Staat ab, der mit ausufernden Eingriffen in das Leben der Bürger und die deutsche Wirtschaft zum einen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich mittels einer verpflichtenden Gemeinwohl-Ökonomie-Zertifizierung nachhaltig schädigen würde und zum anderen den Speiseplan in Kantinen zwangsweise bestimmen will.

Die Haushalte in den Ländern aber auch in den Kommunen sind bereits jetzt vielerorts durch unnötige klimaideologische Ausgaben belastet, die sinnvolle wirtschaftliche Investitionen verhindern; verschärfte Nachhaltigkeitsbestimmungen in der Beschaffung würden an dieser Stelle nur für zusätzliche Ausgaben der bereits knappen Finanzmittel sorgen.“

2.) Wir fordern, dass

die Dauer der Genehmigungsverfahren für den Bau von Windkraftanlagen deutlich verkürzt werden, auf unter drei Jahre, eingehend mit einer Lockerung der Bauvorschriften, zum Beispiel bei Abstandsregeln.

Es ist uns wichtig, weil

ein schnellerer Ausbau der Windkraft essenziell ist für ein klimaneutrales Baden-Württemberg und letztlich die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens.

ANTWORT:

Die Zerstörung jahrhundertalter deutscher Kulturlandschaften durch Windindustrieanlagen für ein völlig illusorisches Ziel, „klimaneutrales Baden-Württemberg“, und ein in der Praxis bereits gescheitertes Pariser Klimaabkommen wird von uns entschieden abgelehnt.

Windindustrieanlagen sind Hochrisikoanlagen. Neben Havarien und Brände rücken in letzter Zeit auch die Gefahren durch giftige Baubestandteile, bspw. mit gesundheitsgefährdenden PFAS beschichtete Rotorblätter, in den Fokus der Öffentlichkeit. Auch die gesundheitlichen Gefahren durch

Infraschall sind bspw. in Frankreich vom Staatsrat richterlich bestätigt worden. Neben den gesundheitlichen Gefahren droht durch den weiteren Ausbau von Windindustrieanlagen ebenfalls ein wirtschaftliches Desaster, da wertschöpfende energieintensive Industrieunternehmen nach und nach ihre Standorte in Deutschland aufgrund überteuerter Strompreise und einer zunehmend unsicheren Energieversorgung abbauen und ins Ausland verlagern.“

3.) Wir fordern, dass

mehr Gelder für die Erforschung und den Einsatz von grüner Technologien bereitgestellt werden.

Zum Beispiel für Intelligente Stromnetze (Smart-Grids), Smart Farming, Geothermie, Speichertechnologien, Windkraft, Photovoltaik, Kernfusion, ...

Es ist uns wichtig, weil

Technologien großes Potenzial bieten, unser Leben und Wirtschaften umweltfreundlicher zu machen

ANTWORT:

„Grundsätzlich begrüßen wir zusätzliche finanzielle Mittel für die Erforschung neuer Technologien und möglicher Energieträger der Zukunft. Insbesondere die Förderung vielversprechender zukunftsfähiger Forschung, bspw. im Bereich Kernfusion oder Stromspeichertechnologie, bietet Universitäten und Unternehmen in Baden-Württemberg die Möglichkeit, ihre ursprünglich angestammten Spitzenplätze als führende Forschungseinrichtungen zurückzuerobern, den sie aufgrund der verfehlten Verteilung von Forschungsgeldern durch die grün-schwarze Landesregierung, bspw. Streichung nahezu aller Mittel im Bereich der Kernforschung, leider verloren haben. Der Antrag der AfD-Fraktion, Aufbau eines Kernforschungsinstituts in Karlsruhe, wurde von den Altparteien bei der letzten Haushaltsberatung 2023/2024 abgelehnt.“

Workshop 2

MOBILITÄT

1.) Wir fordern, dass

die Radinfrastruktur nachhaltig und sicher ausgebaut wird, um das Fahrrad als zukunftsfähiges Mobilitätsmittel attraktiver und zugänglicher zu gestalten.

Es ist uns wichtig, weil die klare Trennung zwischen Radwegen, Fußwegen und Autostraßen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten und zu verbessern;

der schnelle Ausbau von Radwegen und Radschnellwegen;

die Gewährleistung sicherer Stellplätze, Leihräder und Reparaturstationen.

ANTWORT:

Die Forderung ist im Ansatz nicht falsch. Allerdings steht die AfD-Fraktion Baden-Württemberg einer (unverhältnismäßigen) Bevorzugung bestimmter Verkehrsmittel kritisch gegenüber. Es verhält sich hier nicht anders als bei Monokulturen in der Landwirtschaft. Ein großflächiger Ausbau der Radinfrastruktur in Form von Radschnellwegen ist rein ideologisch motiviert und ineffizient. Das Fahrrad, insbesondere dasjenige ohne E-Antrieb, hat in erster Linie als Sportgerät Freizeitcharakter; lange Strecken werden damit kaum bzw. selten zurückgelegt. Die meisten Pendler sind auf motorisierte Fahrzeuge angewiesen. Notwendig ist eine ausgewogene Verkehrspolitik, die die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt: vom Fußgänger über den Zweiradfahrer (Fahrrad, Roller, Motorrad etc.) bis hin zum Autofahrer.

Selbstverständlich plädiert die AfD-Fraktion im Rahmen des Möglichen für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit wie getrennte Wege für Rad und Kfz. Steuergelder müssen effizient eingesetzt werden und dürfen nicht primär in Projekte fließen, die bloß einer Minderheit zugutekommen. Die Förderung der Fahrradinfrastruktur muss in einem vernünftigen Rahmen bleiben, der weder andere (wie insbesondere den Autoverkehr) unnötig einschränkt noch die Wirtschaftlichkeit sprengt. Ein pragmatischer Ansatz zur Verkehrspolitik kann nur sein, alle Mobilitätsformen zu fördern, ohne ideologische Präferenzen aufzuzwingen.

Die geforderte Gewährleistung von Reparaturstationen ist nicht Aufgabe des Staates (hier in Gestalt des Landes Baden-Württemberg). Der Staat hat in einer sozialen Marktwirtschaft nicht selbst Marktteilnehmer zu sein, sondern darf dem Markt nur den Rahmen (die „Spielregeln“) vorgeben. Der Staat hat auch nicht selbst Fahrräder (kostenlos) zu verleihen bzw. (kostenpflichtig) zu vermieten oder sichere Stellplätze für Fahrräder zu schaffen. Diese Aufgaben kommen ebenso wie beispielsweise das Betreiben von Fahrradläden, Parkhäusern, Autowerkstätten oder Tankstellen privaten Unternehmen zu. Wir sind kein sozialistisches Land.

2.) Wir fordern, dass

die On-Demand-Mobilität durch ein umfassendes Förderprogramm zügig ausgebaut wird.

Es ist uns wichtig, weil

die Randzeiten somit abgedeckt werden können (Morgenstunden, Abend, Wochenende, Ferienzeiten);

die Verkehrssicherheit dadurch erhöht werden kann;

die Sicherheit der Fahrgäste verbessert werden kann, zum Beispiel von Tür zu Tür und insbesondere im Dunkeln;

durch die Steigerung der Attraktivität klimafreundlicher Mobilität dann ein Beitrag zum Klimaschutz gemacht werden kann.

ANTWORT:

Die AfD-Fraktion Baden-Württemberg ist skeptisch gegenüber groß angelegten staatlichen Förderprogrammen wie der geplanten Mobilitätsgarantie, die durch eine Mobilitätsabgabe (euphemistisch Mobilitätspass genannt) finanziert werden soll. Die On-Demand-Mobilität ist nichts Anderes als der „kleine Bruder“ bzw. die „kleine Schwester“ davon. Ein solches Vorgehen ist eine unnötige Einmischung des Staates in den freien Markt und potenzielle Verschwendung von Steuergeldern. Die Entwicklung und der Ausbau solcher Dienste soll durch privatwirtschaftliche Akteure/Marktkräfte gesteuert werden. Staatliche Förderungen können zu Marktverzerrungen führen und ineffiziente Strukturen begünstigen. Stattdessen sind Rahmenbedingungen nötig, die Innovationsfreude und unternehmerische Initiative fördern, ohne auf umfangreiche Subventionen zurückzugreifen. Es ist wichtig, eine Infrastruktur zu schaffen, die den Wettbewerb ermöglicht und Bürokratie abbaut, um privaten Unternehmen den Markteintritt zu erleichtern und den Bürgern vielfältige Mobilitätsoptionen anzubieten, die sich organisch und nachhaltig entwickeln können. Die AfD-Fraktion setzt auf die Selbstregulierung des Marktes und sieht in staatlichen Eingriffen Hemmnisse für eine dynamische und effiziente Mobilitätsentwicklung.

3.) Wir fordern, dass

sich das Land Baden-Württemberg dafür einsetzt, dass das Dienstwagenprivileg in seiner aktuellen Form abgeschafft wird.

Es ist uns wichtig, weil

das Dienstwagenprivileg den Staat jährlich ca. 4,4 Milliarden Euro kostet;

das Dienstwagenprivileg sozial ungerecht ist;

hierdurch auch die Nutzung des klimaschädlichen motorisierten Individualverkehrs für Privatfahrten gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr subventioniert wird.

ANTWORT:

Das Dienstwagenprivileg ist in der Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendungen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt (Sozialversicherungsentgeltverordnung - SvEV) geregelt und damit Bundesrecht. Dabei geht es um die Privatnutzungsmöglichkeit von Dienstwagen (Firmenwagen). Diese wirkt für die Beschäftigten wie ein zusätzlicher Gehaltsbestandteil, auf den

Steuern und Sozialabgaben anfallen. Deshalb muss der geldwerte Vorteil aus der privaten Nutzungsmöglichkeit versteuert werden, was derzeit mit monatlich 1 Prozent des Bruttolistenpreises eines Fahrzeugs geschieht. Hinzu kommt ein Zuschlag, wenn der Wagen auch für Fahrten von und zur Arbeit genutzt wird. Die beim Staat anfallenden Kosten des Dienstwagenprivilegs werden auf etwa 3,5 bis 5 Milliarden Euro im Jahr geschätzt.

Die AfD-Fraktion Baden-Württemberg lehnt die völlige Abschaffung des Dienstwagenprivilegs ab, da dies eine unverhältnismäßige Belastung sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer zur Folge hat.

Ein Wegfall des Dienstwagenprivilegs trifft in erster Linie die Beschäftigten der Unternehmen in Form von höheren Steuern und Sozialabgaben. Mit anderen Worten: die Arbeitnehmer verdienen netto weniger, sodass sie weniger Geld zur Verfügung haben.

Darüber hinaus kann ein Wegfall für Unternehmen zu Standortnachteilen führen. Dienstwagen sind für viele Unternehmen ein essentielles Instrument, um betriebliche Mobilität (bis hin zu Geschäftsreisen) zu gewährleisten. Vor allem finden mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schlechter erreichbare Unternehmen ohne diesen finanziellen Anreiz Beschäftigte schwieriger oder nur zu höheren Löhnen/Gehältern; der Dienstwagen als Gehaltskomponente würde an Attraktivität verlieren. Dies führt zu höheren Kosten der Unternehmen, die sich wiederum in höheren Preisen für die Kunden des Unternehmens (Verbraucher bzw. andere Unternehmen) niederschlagen.

Die Forderung nach einer Abschaffung ist ideologisch motiviert. Sie hat mehr symbolischen Charakter, als dass sie umweltpolitische Verbesserungen bewirkt. Beim Dienstwagenprivileg handelt es sich um eine grob pauschalierende Bewertungsregel, die eigentlich keine Steuersubvention bezweckt, sondern lediglich die Arbeit der Finanzämter erleichtern soll. Das Dienstwagenprivileg ist auch keineswegs sozial ungerecht. Ungerecht ist eine gesetzliche Regelung nur dann, wenn sie nicht sachgerecht ist. Allein der Umstand, dass dem Staat dadurch Kosten entstehen (egal ob ca. 4,4 Milliarden Euro oder ein anderer Betrag), ist für sich genommen nie ein schlagendes Argument.

Ziel einer vernünftigen Regierung muss sein, eine pragmatische und ausgewogene Verkehrs- und Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bürger gleichermaßen gerecht wird.

Workshop 3

DIGITALISIERUNG

1.) Wir fordern, dass

eine Kompetenzoffensive im Bereich der Digitalisierung eingerichtet wird.

Dies umfasst sowohl den Umgang mit künstlicher Intelligenz als auch die Schulung, insbesondere von Lehrkräften, im Umgang mit digitalen Medien und Endgeräten. Ebenfalls sollen private Bürger*innen für die neuen Technologien und Datenschutz sowie Datensicherheit sensibilisiert werden.

Es ist uns wichtig, weil

wir die persönliche Erfahrung gemacht haben, dass fachliche Kompetenz bei Lehrkräften mitunter fehlt; es sich dabei um Themen der Zukunft handelt, weswegen das Wissen darum notwendig für Wandel ist;

dies wichtig für die Wirtschaft in Deutschland ist, insbesondere das Thema künstliche Intelligenz

ANTWORT:

Die Digitalisierung ist ein wichtiges Thema der Gegenwart und nicht erst der Zukunft. Wichtige Aufgaben sind der Ausbau von schnellen Netzen, im Festnetz Glasfaser (Drucksache 17/2530) und im Mobilfunk 5G in ganz Baden-Württemberg (Drucksache 17/2530). Besonders in den ländlichen Regionen unseres Landes von Baden-Württemberg ist der Ausbau noch nicht weit genug fortgeschritten. Hierfür setzen wir uns nachhaltig für einen schnellen Ausbau ein.

Aber auch blinde Flecken in Ballungsgebieten werden von uns nicht vergessen und immer wieder angesprochen. Bevorzugt setzen wir auf eine Breitbandinfrastruktur im Open Access-Modell, die unabhängig von ihrem Betreiber allen Diensteanbietern diskriminierungsfrei zur Nutzung offenstehen, um Wettbewerb und Vielfalt zu fördern.

Ein wichtiger Bestandteil der Digitalisierung ist der Umgang mit der Künstlichen Intelligenz (KI). Die KI ist ein spannendes und richtig eingesetzt auch ein hilfreiches Mittel Werkzeug in vielen Bereichen, allerdings muss der Einsatz sorgfältig abgewägt werden, um den Missbrauch zu verhindern. Wir setzen uns für einen offenen und verantwortungsvollen Umgang mit allen neuen Technologie ein, auch der KI.

Wichtig im Umgang mit allen neuen Technologien ist der Blick auf den Datenschutz für unsere Bürger und Unternehmen. Hier setzt die Cybersicherheit an, denn mit der Weiterentwicklung der Digitalisierung sollte diese genauso gewichtet werden wie der Fortschritt (Drucksache 17/6613). Die Daten der einzelnen Bürger und der Wirtschaft müssen sicher sein und geschützt werden.

2.) Wir fordern, dass

einheitliche verpflichtende Standards im Bereich der Digitalisierung des Bildungswesens eingeführt werden.

Dies beinhaltet technische Vorgaben im Bereich schulinterner Netz- und Lernsoftwares sowie bei digitalen Endgeräten.

Auch soll der Kompetenzaufbau bei Lehrpersonal verpflichtend und einheitlich funktionieren

Es ist uns wichtig, weil

einheitliche Endgeräte die Kooperation von Schulen erleichtern;

das bedeutsam für die Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler ist und wir gleiche Rechte fordern;

bei gleicher Hardware auch Schulwechsel oder unterschiedliche Kompetenzen bei wechselnden Lehrkräften erleichtert werden.

ANTWORT:

Parallel zu dem Ausbau des Breitbandnetzwerks muss auch die Infrastruktur in den Behörden und Schulen ausgebaut und modernisiert werden. Hier setzen wir auf ein Angebot von einheitlichen, erprobten, sicheren und möglichst freien Lösungen. Auf Basis dieser Lösungen können Beamte, Mitarbeiter und Lehrer gezielt geschult und Schüler für Ihre Zukunft vorbereitet werden. Damit sind auch Schulwechsel kein Problem mehr. Wichtig ist es, diese Lösungen so unbürokratisch wie möglich umzusetzen.

3.) Wir fordern, dass

das Land Baden-Württemberg sich zukunftsstechnisch und digital besser aufstellt, um im internationalen Vergleich mitzuhalten.

Diese Entwicklung muss allerdings im Sinne der Nachhaltigkeit geschehen. Nachhaltigkeit gliedert sich dabei in die Bereiche des Klimaschutzes und des ressourcenschonenden Umgangs sowie der gesellschaftlichen Entwicklung.

Es ist uns wichtig, weil

wir das Klima schonen müssen;

wir bei der Digitalisierung gleichzeitig Ressourcenschonen müssen und soziale Auswirkungen sowie globale Gerechtigkeit beachten müssen;

eine strategische Ausrichtung mit Sinn und Verstand nötig ist.

ANTWORT:

Ein nachhaltiger und ressourcenschonender Umgang mit unserer Umwelt ist auch für uns wichtig. Aus diesem Grund setzen wir, wo möglich, auf offene Lösungen im Hard- sowie Softwarebereich. Das schont den Geldbeutel der Steuerzahler, führt zu weniger Abfall, erhöht die Sicherheit. Es gibt den Schülern die Möglichkeit einen Einblick wie die Technologien, die sie tagtäglich nutzen, funktionieren. Auf Basis dieser Lösungen, die wir möglichst vielen zur Verfügung stellen wollen (Stichwort „Public Money, Public Code“) erhoffen wir uns auch einen technologischen Schub aus dem Land, für das Land. Nachhaltigkeit ist eine Aufgabe für Generationen.

Workshop 4

BILDUNG

1.) Wir fordern, dass

mehr politische Bildung im Unterricht stattfindet und dabei aktuelle Themen und die Parteienlandschaft berücksichtigt werden.

Es ist uns wichtig, weil

wir politische Bildung als eine zentrale Thematik betrachten, die für eine Beteiligung in der Demokratiewichtig ist;

die Auseinandersetzung mit aktuellen, relevanten Themen von großer Wichtigkeit für das Zusammenleben in der Gesellschaft ist.

ANTWORT:

Politikunterricht ist wichtig. Aber für mehr Unterrichtsstunden in politischer Bildung dürfen nicht die Haupt- oder auch andere Schulfächer gekürzt werden. Zudem führt mehr politische Bildung nicht notwendigerweise zu vielseitigerer Bildung - im Gegenteil: sie könnte eher zu politischer Indoktrination führen.

2.) Wir fordern, dass

das Lehramtsstudium praxisorientierter wird.

Es ist uns wichtig, weil

die Inhalte im Lehramtsstudium zu wenig auf die tatsächlichen Aufgaben im Lehrberuf vorbereiten.

ANTWORT:

Unsere angehenden Lehrer absolvieren ein langes und intensives Studium, während dem sie sich das fachliche und praktische Wissen aneignen. Beide Bereiche sind gleichsam wichtig und bedürfen ständiger Optimierung. Realitätsnahe und nah am Schulalltag orientierte Lehrerausbildung ist das A und O: Wir begrüßen eine frühere und umfangreichere Schulpraxis der Lehrerstudenten unter Mentorschaft. Deshalb lehnen wir alle ideologisch geleiteten Inhalte wie flächendeckende Inklusion oder binnendifferenzierten Unterricht in der Lehrerausbildung und der Schule ab.

3.) Wir fordern, dass

der Bildungsplan angepasst wird, zum Beispiel:

Wahlfreiheit G8/G9;

mehr Kombinationsmöglichkeiten in der Kurswahl zur individuellen Orientierung.

Es ist uns wichtig, weil

jede*r selbst entscheiden können sollte, welche Lerndauer individuell am besten passt;
dadurch eine zielgerechtere Förderung individueller Interessen ermöglicht werden kann.

ANTWORT:

Die flächendeckende Einführung von G8 war aus unserer Sicht ein schwerer Fehler, weshalb die AfD-Landtagsfraktion 2019 einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung eines neunjährigen Gymnasiums ins Parlament einbrachte. Damit wollten wir den Kindern die Möglichkeit wiedergeben, sich im persönlichen und intellektuellen Bereich entwickeln zu können. Da sich jedes Kind unterschiedlich schnell entwickelt, halten wir es für eine sinnvolle Lösung, die Schule gemäß der Leistungsfähigkeit der Schüler zu gestalten, so wie es auch die Landesverfassung vorgibt: Ergo G9 und für die Schnellen G8.

Workshop 5

POLITISCHE BILDUNG UND DEMOKRATIEBILDUNG

1.) Wir fordern, dass

ein individuell planbarer, verbindlich und jährlich stattfindender Demokratietag an allen Schularten zur Aufklärung über Demokratie verpflichtend eingeführt wird.

Es ist uns wichtig, weil

auch diejenigen erreicht werden sollen, die noch nichtpolitikinteressiert sind;
Jugendliche früh lernen sollten, wie wichtig unsere Demokratie ist;
eine Förderung zur Erhöhung der Wahlbereitschaft und dem Interesse an Politik beitragen kann;
dadurch die Prävention von Extremismus und Populismus ermöglicht werden kann.

ANTWORT:

Politische Bildung findet an Schulen vor allem im Gemeinschaftskundeunterricht statt, der im besten Fall inhaltlich so informativ und umfangreich ist, dass ein gesonderter „Demokratietag“ nicht notwendig ist. Grundsätzlich ist politische Bildung an Schulen streng neutral zu gestalten. Insbesondere die dort regelmäßig vorgenommene einseitige Positionierung gegen „rechts“ lehnen wir ab.

2.) Wir fordern, dass

eine niederschwellige Werbekampagne für Demokratiebildung aufgesetzt wird, um Beteiligungsformate in den Mittelpunkt zu rücken.

Es ist uns wichtig, weil

dadurch die Wahlbeteiligung gesteigert werden kann;

Beteiligungsmöglichkeiten sichtbar gemacht werden können;

es zur Aufklärung über Populismus, Extremismus sowie antidemokratisches Gedankengut beitragen kann.

ANTWORT:

Vielmehr ist zu fragen, warum bestehende Angebote nicht ausreichend genutzt werden. Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass insbesondere junge Menschen bereit sind, sich einzubringen und auch in der Lage sind, entsprechende Möglichkeiten zu finden. Politikverdrossenheit entsteht vielmehr durch die Erkenntnis, dass die Politik in der Praxis oft nicht bereit ist, bestehende Probleme anzugehen.

3.) Wir fordern, dass

Kommunen dazu verpflichtet werden, mindestens eine 50%-Stelle für Jugendbeteiligung und Jugendgremien zu schaffen.

Es ist uns wichtig, weil

es die Partizipation von Jugendlichen ermöglicht und erhöht;

es die Gründung und regelmäßige Wahlen von Jugendgemeinderäten vereinfacht und sicherstellt;

es den Jugendlichen und dem Jugendgemeinderat einen Zugang zur Verwaltung ermöglicht und bürokratische Prozesse begleitet werden können.

ANTWORT:

Die Änderung des Kommunalwahlrechts macht es möglich, sich bereits im Alter von 16 Jahren für den Gemeinderat zu bewerben. Daher ist nicht ersichtlich, warum noch ein weiteres, staatliches Gremium in den Gemeinden geschaffen werden soll. Die Kommunen tun sich oft schon sehr schwer damit, grundlegende gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen und dafür Gelder bereitzustellen. Etwa für Erzieher/- Schul- und Kindergartensanierungen, Spielplätze, Kläranlagen, Wohnungen für pflegebedürftige Menschen oder die Wirtschaftsförderung. Es wäre wirklichkeitsfremd unsere Kommunen bei der Schaffung von Jugendbeteiligung und Jugendgremien noch stärker in die Pflicht zu nehmen. Zumal nicht ersichtlich ist, dass in jeder Gemeinde ein solcher Bedarf seitens der Jugendlichen besteht. Die AfD weiß, dass die Kommunen eine solche Pflicht ablehnen. Wir stehen hinter den Städten und Gemeinden, die selbst wissen, was aktuell bei ihnen am wichtigsten ist.

Workshop 6

JUGENDBETEILIGUNG UND JUNGES ENGAGEMENT

1.) Wir fordern, dass

auf Landesebene ein ständiges, parteiunabhängiges Gremium von Jugendlichen mit Rede- und Antragsrecht im Plenum und den Ausschüssen des Landtags eingerichtet wird.

Es ist uns wichtig, weil

die Jugend so nicht mehr übergangen werden kann;

ein Sprachrohr für die Jugend wichtig ist;

konstruktive Zusammenarbeit und Beratung der Politik bei Jugendthemen gefördert wird;

der Überrepräsentation der älteren Generationen entgegen gewirkt wird.

ANTWORT:

Jugendliche haben - wie alle Bürger - viele Möglichkeiten, ihre Anliegen in das politische System einzuspeisen und nutzen diese auch. So kann etwa bereits ab einem Alter von 16 Jahren aktiv ein Volksbegehren unterstützt werden. Es ist zudem die Aufgabe der gewählten und gut bezahlten Volksvertreter, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Landtag einzubringen. Das von Ihnen geforderte Gremium würde in der Praxis eher die Karrieren von Jungpolitikern von CDU, Grünen, FDP und SPD fördern als die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

2.) Wir fordern, dass

Kinder- und Jugendbeteiligung im Paragraph 41 der Gemeindeordnung verbindlicher formuliert wird und kommunale Politiker*innen und Akteur*innen an Schulen über Beteiligung informieren.

Es ist uns wichtig, weil

es ohne Lehrplanänderung möglich ist;

Jugendbeteiligung gesteigert werden kann;

Politik und Demokratie flächendeckend vermittelt wird.

ANTWORT:

Es gibt bereits vielfältige Möglichkeiten für junge Menschen, in der Politik mitzumischen. Bereits mit 16 kann man in einen Gemeinderat gewählt werden, sich als Jugendlicher in einer Partei engagieren oder ein Volksbegehren unterstützen. Sehr viele Kommunen im Land stecken viel Geld und Personal in die professionelle Jugendarbeit und die Jugendbeteiligung. Die Angebote werden nicht immer genutzt (Beispiel: Demokratiekonferenz in Schorndorf). Eine weitergehende Verpflichtung in der Gemeindeordnung würde viele Kommunen nur belasten und ein Erfolg wäre nicht garantiert.

3.) Wir fordern, dass

Schulen Engagement mehr unterstützen und fördern.

Es ist uns wichtig, weil

es die Motivation fördert, sich zu engagieren;

es die Hemmschwelle für Beteiligung und Engagement senkt;

es zur Anerkennung von Engagement beiträgt

ANTWORT:

Wir wollen, dass unsere Schüler in Mathe, den Naturwissenschaften, im Lesen und Schreiben besser werden. Daher darf es nicht mehr so viel Unterrichtsausfälle geben. Die Aufgabe der Schule ist es, für die Kinder ein verlässlicher und effektiver Lernort zu sein. Die Förderung von persönlichem Engagement ist keine Aufgabe der Schule in einer freien Gesellschaft.

Workshop 7

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

1.) Wir fordern, dass

es kostenlose Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Einrichtungen gibt.

Es ist uns wichtig, weil

in Deutschland 100.000 Personen von Periodenarmut betroffen sind;

86 Prozent der Menstruierenden angeben, dass ihr Leben durch kostenlose Produkte leichter wäre,

Länder wie Neuseeland, Schottland und Frankreich dies bereits anbieten.

ANTWORT:

Der Staat muss für Investitionen und Lösungen sorgen, wo diese für alle Menschen im Land notwendig sind. Also im Gesundheitswesen, bei der Altenpflege, bei der inneren Sicherheit, der Justiz, bei Bildung und Erziehung, der Energieversorgung, beim Naturschutz und in der Landwirtschaft. Und – wie sich im Juni zeigte: beim Katastrophenschutz.

Dort stehen der Politik Mammutaufgaben bevor, für die Schulden und weit mehr Personal nötig sind, als derzeit vorhanden ist. In einem freien Land übernehmen die Bürger Verantwortung für sich selbst. Der Staat darf sich nicht zu sehr ins Leben des Einzelnen einmischen. Für die Beschaffung von Hygieneartikeln können die Menschen selbst sorgen.

2.) Wir fordern, dass

es eine digitale Suchmaschine gibt, welche sowohl alle staatlichen Leistungen, als auch bestehende Teilhabe-Angebote zusammenfasst. Sie soll barrierearm und in verschiedenen Sprachen gestaltet sein

Es ist uns wichtig, weil

es bereits viele Hilfsangebote gibt, die aber nicht gefunden werden.

ANTWORT:

Die Umsetzung der Forderung wäre nur oberflächlich betrachtet eine Verbesserung. Für die AfD hat es Vorrang, die staatlichen Angebote für den Bürger verständlicher zu gestalten und Doppelstrukturen bei den Angeboten zu beseitigen. Die AfD wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, dass staatliche Angebote auf den existierenden Netzwerkauftritten von Ämtern, Behörden und Ministerien übersichtlich und verständlich zusammengefasst werden.

3.) Wir fordern, dass

es eine Initiative für eine Kooperation von Schulen und Vereinen gibt.

Es ist uns wichtig, weil

es die soziale Teilhabe aller Schüler*innen fördert

ANTWORT:

Die Entwicklung zu Ganztagschulen führte dazu, dass Kinder ihre Freizeitaktivitäten in ihren Schulalltag verlagern müssen. Damit wurde den Vereinen ihre Existenzgrundlage genommen. Es ist insofern zu bejahen, dass mehr Kooperation zwischen Schulen und Vereinen stattfindet. Aus unserer Sicht ist das aber nicht die beste Lösung, denn wir lehnen Ganztagschulen ab. Wir wollen, dass Eltern und Kinder selbstbestimmt über ihre Freizeit verfügen und nicht auf das begrenzte Schulangebot an Freizeitaktivitäten zurückgreifen müssen.

Workshop 8

Queer Baden-Württemberg

1.) Wir fordern, dass

pädagogische Fachkräfte in Diversität und Vielfalt durch verpflichtende Fortbildungen geschult dafür sensibilisiert werden.

Es ist uns wichtig, weil

marginalisierte Gruppen in pädagogischen Einrichtungen geschützt und unterstützt werden müssen; alle Menschen, auch queere, einen Lernraum ohne Diskriminierung verdienen;

Diversität und gleiche Rechte gefördert werden sollten.

ANTWORT:

Es gibt mittlerweile sehr viele Bereiche, in denen laut Berufspraktikern und Wissenschaftlern die Fortbildung von pädagogischen Fachkräften wichtig wäre. Stellvertretend nennen wir hier Fortbildungen zur Erkennung von Kindesmissbrauch oder zur Förderung von Kindern mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen. Diese unterstützen wir.

Kitas und Schulen kennen ihren Bedarf selbst am besten. Mit weiteren Verpflichtungen, für deren Umsetzung es nicht einmal genügend qualifizierte Anbieter gibt, wollen wir pädagogische Einrichtungen nicht belasten.

Zudem gilt: Gleiche Rechte für jedermann bestehen bereits. Sogenannte *Diversity*- und *Queer*-Politik sind rein ideologisch bedingt und werden von uns abgelehnt.

2.) Wir fordern, dass

es in allen Formularen und anderen schriftlichen Angaben des Geschlechts und der Anrede die Möglichkeit gibt, ein unbestimmtes Geschlecht und die geschlechtsneutrale Anrede auszuwählen.

Es ist uns wichtig, weil

nicht alle Menschen die Freiheit haben, das Geschlecht anzugeben, mit dem sie sich identifizieren; es so wie bisher eine nicht zu tolerierende Ungleichbehandlung ist.

ANTWORT:

Wir vertreten die wissenschaftlich unstrittige Ansicht, dass es zwei biologische Geschlechter gibt und diese auch nicht beliebig gewechselt werden können. Personen, die sich weder zu einem anderen Geschlecht als zum männlichen oder weiblichen zählen, müssen sich nicht mehr einem der beiden Geschlechter zuordnen. Da diese Möglichkeit besteht, sehen wir hinsichtlich einer Erweiterung der Optionen keinen Handlungsbedarf.

3.) Wir fordern, dass

bei Renovierung und Neubau öffentlicher Gebäude eine genderneutrale Toilette verpflichtend wird. Wenn in existierenden Gebäuden mehr als zwei Toiletten bestehen, muss eine Toilette genderneutral gestaltet werden.

Es ist uns wichtig, weil

Hygiene- und Schutzräume für alle Menschen zugänglich sein müssen;

queere Menschen bei der Auswahl ihrer Hygieneräume nicht diskriminiert werden dürfen.

ANTWORT:

Kommunen sollten die vorhandenen Gelder für die Reparatur oder den Ersatz bestehender Schultoiletten oder den Neubau sinnvoller öffentlicher und/oder behindertengerechter Toiletten verwenden. Nachdem es nur zwei biologische Geschlechter gibt, können die vorhanden Toiletten von anderen Geschlechtern, je nach ihrem Zugehörigkeitsgefühl mit genutzt werden. Zudem werden auch künftig die finanziellen Spielräume bei Renovierungen und Neubau öffentlicher Gebäude begrenzt sein. Dass genderneutrale Toiletten zudem garantierte Schutzräume wären, bezweifeln wir. Vielmehr würden mit solchen Toiletten Schutzräume für Frauen bedroht.

Workshop 9

Mentale Gesundheit

1.) Wir fordern, dass

mentale Gesundheit enttabuisiert wird, indem regelmäßige Aufklärungs- und Präventionsangebote im Bildungsplan aller Schularten verankert werden

Es ist uns wichtig, weil

dadurch individuelle Angebote und Gruppenangebote geschaffen werden können;

mentale Gesundheit so ein dauerhaft präsentem Thema werden kann.

ANTWORT:

Wir lehnen eine weitere Überfrachtung der Bildungspläne mit zeitgeistigen Inhalten ab. Die kompetenzorientierten Bildungspläne haben sich nicht bewährt, siehe PISA und andere Bildungsmessinstrumente. Unseren Schülern fehlen Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Schulabsolventen sind oft weder ausbildungsreif noch studierfähig, wie Arbeitgeber und Hochschulprofessoren berichten. Das ist aber unter anderem der Auftrag der Institution Schule.

2.) Wir fordern, dass

die Verfügbarkeit von Therapieplätzen noch in dieser Legislaturperiode erhöht und beschleunigt wird.

Es ist uns wichtig, weil

eine gesunde Gesellschaft ein Grundbaustein für eine funktionierende Gemeinschaft ist;

dadurch Arbeitsunfähigkeit vermieden werden kann;

die Suizidrate gesenkt werden kann.

ANTWORT:

Wo gesicherter Bedarf besteht, unterstützen wir entsprechende Initiativen zur Beschleunigung und Erhöhung der Verfügbarkeit von Therapieplätzen. Jedoch setzen wir vor allem auf Prävention und wollen Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einflüssen schützen, damit sie mit möglichst wenigen psychischen Belastungen aufwachsen können. Beispielhaft wäre hier die Warnung vor der Genderideologie. Wer sich erst einmal unter dem Label der Geschlechtsumwandlung einer Verstümmelung unterworfen hat, dem droht eine lebenslange psychische Belastung. Wir stellen uns daher gegen diesen gefährlichen Trend und fordern, dass es verboten wird, dass sich schon Kinder mit dieser Ideologie auseinandersetzen sollen.

3.) Wir fordern, dass

die Zugangshürden zur Ausbildung im psychotherapeutischen Berufsfeld gesenkt werden.

Es ist uns wichtig, weil

dadurch eine bessere Versorgung gewährleistet werden kann;

so auch die Verfügbarkeit von Therapieplätzen verbessert wird.

ANTWORT:

Die Qualität der psychotherapeutischen Arbeit darf nicht unter möglichen Erleichterungen für die Berufsausbildung leiden. Das wäre nicht im Sinne der Hilfesuchenden. Wir werden die Forderungen unterstützen, die sinnvoll und machbar sind. Dabei werden wir den Rat von Medizinern, Therapeuten und Berufsverbänden einholen.

Workshop 10

Mein Thema für Baden-Württemberg

1.) Wir fordern, dass

das Sicherheitsgefühl der gesamten Bevölkerung gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil

die Polizei auf einige Bevölkerungsgruppen bedrohlich wirkt;

Vertrauen durch verfassungswidrige Handlungen der Polizei leiden kann;

Angst zu Radikalismus werden kann.

ANTWORT:

Für uns ist die Sicherheit der Bevölkerung ein Hauptziel. Wir wollen eine gut ausgerüstete, effiziente Polizei. Sie soll abschreckend wirken – auf Kriminelle und im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Die Landespolizei achtet und wahrt die Menschenrechte selbst in den schwierigsten Situationen. Ein Beispiel hierfür: der Polizeieinsatz in Mannheim im Rahmen der Messerattacke am 31. Mai 2024. Die von Ihnen erwähnten Verfassungswidrigkeiten bei der Polizeiarbeit sind uns nicht bekannt. Um die Sicherheit im Land zu stärken, muss die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland gestoppt werden. Nur so können Wachstum des islamistischen Fundamentalismus, Clan-Kriminalität, sexuelle Belästigungen von und Gewalt gegen Frauen, Zwangs- und Mehr-Ehen, die Genitalverstümmelung bei Mädchen sowie Messerattacken massiv reduziert werden. Nur so kann unser Sozialstaat erhalten werden, der den Bürgern soziale Sicherheit garantiert. Der Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung würde die Sicherheit im Land spürbar erhöhen. Die AfD ist die einzige Partei, die das erkannt hat.

2.) Wir fordern, dass

die Landespolitik einen stärkeren Fokus auf die Rente setzt.

Es ist uns wichtig, weil

es nur möglich ist, sich als Land in einer verändernden, globalen Welt zu behaupten, wenn interne, gesellschaftliche Probleme angegangen werden.

ANTWORT:

Die Rente ist Aufgabe des Bundes und nicht der Landespolitik. Dennoch hat die Landtagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode einen eigenen Vorschlag vorgelegt. Im Bund macht sich die AfD für eine sichere und auskömmliche Rentenversicherung stark. Dort sollen alle einzahlen und sie soll jedem Beitragszahler eine auskömmliche Rente bieten. Eine Bedingung für die Finanzierung des AfD-Rentenvorschlags ist der Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung in unser Land. Die Steuerzahler können nicht immer mehr Menschen ihr Leben und ihre Rente finanzieren, die nicht arbeiten und nichts oder geringe Beiträge in die Rentenkassen zahlen. Wird die aktuelle Rentenpolitik nicht geändert, dann gerät Deutschland in eine noch größere soziale Schieflage. Das macht es uns schwerer, uns in der Welt zu behaupten.

3.) Wir fordern, dass

man Probleme an der Wurzel packt, bevor Rechtswidrigkeiten entstehen.

Es ist uns wichtig, weil

eine angenommene staatliche Ignoranz zu extremistischen Positionen führen kann.

ANTWORT:

Wenn die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland, die Gesundheitspolitik oder die Energiepolitik nicht geändert werden, wird das Leben in Deutschland schwierig. Die öffentlich-rechtlichen Sender, SPD, Grüne, Die Linke, CDU und FDP sehen oder benennen die Gefahr der unkontrollierten Masseneinwanderung nicht. Zum Teil wollen sie uns sogar glauben machen, dass sie das Land besser macht. Die Ignoranz des Problems erschwert seine Lösung. Schon heute hat ein sehr großer Teil der Menschen in Deutschland das Gefühl, dass ihre Sorgen im Hinblick auf Migration von Bund und Ländern ignoriert werden. Das ist nicht gut für den sozialen Frieden. Durch den offenen Rechtsbruch der Regierungen im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise wurde das Vertrauen der Menschen in die Politik stark beeinträchtigt.